

Pressemitteilung

**Aufteilung der CO₂-Kosten zwischen Vermietern und Mietern:
„Ansatz ist richtig, praktische Details sollten verbessert werden“**

Berlin, 27.09.2022 – Der Zentrale Immobilien Ausschuss (ZIA) unterstützt die Bundesregierung bei ihrem Plan, klimaschonenden Brennstoffverbrauch durch Anreize voranzutreiben. Vermieterinnen und Vermieter sollen zur energetischen Gebäudesanierung sowie Mieterinnen und Mieter zum sparsamen Verbrauch motiviert werden. „Der Ansatz ist absolut richtig. Die Immobilienwirtschaft will durch Investitionen in ihre Gebäude ihren Beitrag dazu leisten“, sagte Stefanie Frensch, Vorsitzende des CSR-Ausschusses (Corporate Social Responsibility) beim ZIA. Bei der Anhörung im Bauausschuss des Bundestages zum Regierungsentwurf des Gesetzes für die Aufteilung der Kohlendioxidkosten (CO₂KostAufG) ging Frensch auch auf die Ausgestaltung ein. „Den Weg zu diesem Ziel kann man aus unserer Sicht noch effektiver gestalten“, sagt sie.

Frensch trug im Ausschuss konkrete Verbesserungsvorschläge des ZIA zur Kostenverteilung über ein Stufenmodell vor.

- Dass die CO₂-Emissionen in den Mittelpunkt rücken, ist aus ZIA-Sicht richtig. Eine Einstufung über Energieausweise ist aber klar effizienter als der im Gesetzesentwurf vorgeschlagene Weg über die Heizkostenabrechnung, betont die ZIA-Expertin. Mit Energieausweisen kann die Berechnung unabhängig vom Beschaffungsweg der Brennstoffe für zentrale wie dezentrale Heizungsanlagen umgesetzt werden, und zwar standardisiert. „Auch eine möglichst große Kohärenz mit der europäischen Gebäudeeffizienzrichtlinie (EPBD) spricht für dieses Vorgehen“, erklärt Frensch.

▪ Für Nichtwohngebäude sollte ein Stufenmodell eingeführt werden, das den unterschiedlichen Nutzungen der Gewerbeimmobilienklassen Rechnung trägt. Bis dahin sollte der energetische Standard des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) als Bezugsgröße dienen. „Die jetzt vorgeschlagene 50:50-Aufteilung der CO₂-Kosten kann nur eine vorübergehende Krücke sein“, betont Frensch. Dem ZIA ist wichtig: „Bei Gebäuden, die bereits jetzt der höchsten Effizienzklasse entsprechen, sollten Vermieter von Umlagen befreit sein.“

Der ZIA begrüßt, dass der Gesetzentwurf keine Ausweitung auf Wärmeanlagen, die dem europäischen Emissionshandel unterliegen, vorsieht.

--

Der ZIA

Der Zentrale Immobilien Ausschuss e.V. (ZIA) ist der Spitzenverband der Immobilienwirtschaft. Er spricht durch seine Mitglieder, darunter 30 Verbände, für rund 37.000 Unternehmen der Branche entlang der gesamten Wertschöpfungskette. Der ZIA gibt der Immobilienwirtschaft in ihrer ganzen Vielfalt eine umfassende und einheitliche Interessenvertretung, die ihrer Bedeutung für die Volkswirtschaft entspricht. Als Unternehmer- und Verbändeverband verleiht er der gesamten Immobilienwirtschaft eine Stimme auf nationaler und europäischer Ebene – und im Bundesverband der deutschen Industrie (BDI). Präsident des Verbandes ist Dr. Andreas Mattner.

Kontakt

ZIA Zentraler Immobilien Ausschuss e.V.

Leipziger Platz 9

10117 Berlin

Tel.: 030/20 21 585 23

E-Mail: presse@zia-deutschland.de

Internet: www.zia-deutschland.de

